

Antrag

der Abgeordneten Dr. Uwe Holtz, Günter Verheugen, Brigitte Adler, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Dr. Horst Ehmke (Bonn), Katrin Fuchs (Verl), Dr. Peter Glotz, Dr. Ingomar Hauchler, Hans Koschnick, Volkmar Kretkowski, Dr. Klaus Kübler, Christoph Matschie, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Bernd Reuter, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Günter Schluckebier, Dr. Werner R. Schuster, Dr. Hartmut Soell, Margitta Terborg, Hans-Günther Toetemeyer, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Wallow, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Kuba

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Zentral- und Osteuropa und dem weitgehenden Entzug der Unterstützung durch die betreffenden Länder sieht sich Kuba großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen ausgesetzt.

In Kuba gibt es keine parlamentarische, pluralistische Demokratie, vielmehr herrscht eine die politischen Grund- und Freiheitsrechte verletzende Diktatur mit einem die Bevölkerung total überziehenden Überwachungsnetz. Die Planwirtschaft führt auch in diesem Land zu Ineffizienz und Mangel, zu Verschwendung von Arbeitskraft, Material und Rohstoffen sowie zu weitgehender Abtötung von Eigeninitiative und Kreativität.

Auf der anderen Seite hat Kuba eine Reihe von entwicklungspolitischen Erfolgen aufzuweisen: Die Kindersterblichkeit ist niedriger als sogar in vielen Industrieländern, alle Kinder und Jugendlichen haben kostenlosen Zugang zu Bildung und Ausbildung, die Lebenserwartung ist mit 75 Jahren etwa so hoch wie die in der Bundesrepublik Deutschland. Das, was in der Entwicklungspolitik als zentral angesehen wird, nämlich die Befriedigung der Grundbedürfnisse, war in dem Entwicklungsland Kuba weitgehend gelungen, ist aber jetzt insbesondere aufgrund der ausbleibenden Hilfen aus dem ehemals befreundeten Ausland in vielen Bereichen in Frage gestellt. So hat sich die Versorgungslage der Bevölkerung in der letzten Zeit dramatisch verschlechtert.

Das Castro-Regime wehrt sich gegen Veränderungen, wie sie in Zentral- und Osteuropa stattgefunden haben, und will am Kommunismus festhalten. Aber ohne politische und wirtschaftliche Reformen und eine diese von außen unterstützende Politik wird

keine durchgreifende, auf Dauer tragfähige Verbesserung der Lebenssituation der kubanischen Bevölkerung zu erreichen sein. Allerdings besteht die Herausforderung darin, Reformen durchzuführen, ohne die Entwicklungserfolge aufs Spiel zu setzen.

Laut Artikel 29 des Einigungsvertrages hat die gesamtdeutsche Regierung sich dazu verpflichtet, daß die gewachsenen außenwirtschaftlichen Beziehungen der alten Deutschen Demokratischen Republik „unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten und unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze sowie der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften fortentwickelt und ausgebaut“ werden. Auch deshalb sollte die Bundesregierung mit zu jenen Staaten gehören, die einen positiven Wandel in Kuba unterstützen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gegenüber Kuba auf die Freilassung der politischen Gefangenen, die Respektierung der Menschenrechte, freie Wahlen sowie generell auf Demokratie und wirtschaftliche Liberalisierung zu drängen;
2. zu keiner Zusammenarbeit bereit zu sein, die als Unterstützung der Diktatur verstanden werden könnte; allenfalls können Projekte – insbesondere über Nichtregierungsorganisationen – gefördert werden, die der notleidenden Bevölkerung, direkt dem Umweltschutz oder demokratischen Kräften und Reformen zugute kommen;
3. sich offen zu zeigen für eine Zusammenarbeit im Sinne einer Unterstützung der in Kuba notwendigen Reformen hin zu einer politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung, zu mehr Freiheit und Eigeninitiative;
4. die sich aus dem Einigungsvertrag ergebenden Verpflichtungen einzuhalten;
5. sich gegenüber den Wünschen Kubas nach einer Verbesserung der Beziehungen zum geeinten Deutschland nicht zu verschließen;
6. auch auf EG-Ebene sich für ein Signal an Kuba einzusetzen, daß ein demokratisches Kuba auch mit der Unterstützung der EG rechnen kann;
7. im Pariser Club sich bei dementsprechend deutlichem Reformwillen gegenüber Kuba für eine substantielle Verringerung der Auslandsschulden einzusetzen;
8. sich dafür einzusetzen, daß in Katastrophensituationen sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene humanitäre Hilfe angeboten wird;
9. gegenüber Washington auf eine Lockerung des Wirtschaftsembargos zu drängen, um damit Kubas Unterstützung der Entspannungspolitik (siehe Truppenabzug in Angola) und seinen Beitrag an der Entschärfung regionaler Konflikte (z. B. in Mittelamerika) zu honorieren und dadurch auch die wirtschaftliche Notlage zu vermindern.

Bonn, den 17. Dezember 1991

Dr. Uwe Holtz
Günter Verheugen
Brigitte Adler
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Dr. Eberhard Brecht
Freimut Duve
Dr. Horst Ehmke (Bonn)
Katrin Fuchs (Verl)
Dr. Peter Glotz
Dr. Ingomar Hauchler
Hans Koschnick
Volkmar Kretkowski
Dr. Klaus Kübler
Christoph Matschie
Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)
Bernd Reuter
Dieter Schanz
Dr. Hermann Scheer
Günter Schluckebier
Dr. Werner R. Schuster
Dr. Hartmut Soell
Margitta Terborg
Hans-Günther Toetemeyer
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Hans Wallow
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Verena Wohlleben
Dr. Christoph Zöpel
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

